

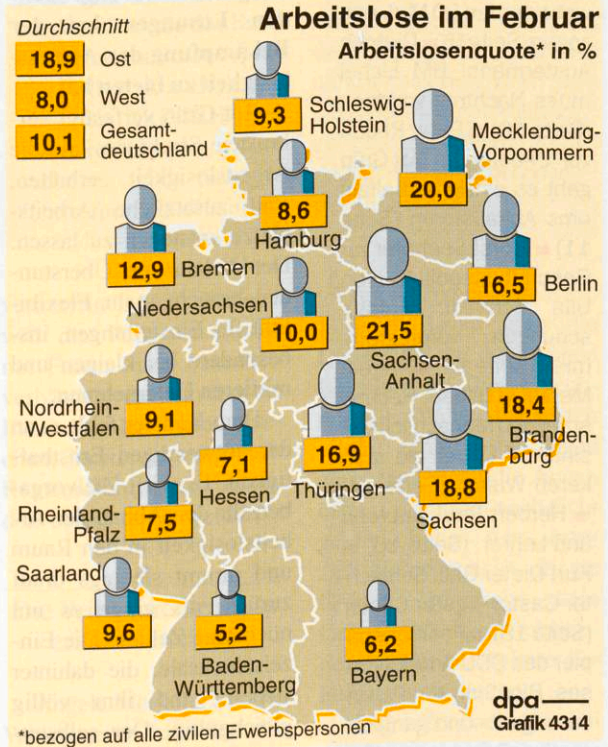
Fakten und Argumente

Angela Merkel: Hochmut kommt vor dem Fall

Nun wird die Arbeitslosigkeit doch nicht schon vor 2002 unter die Drei-Millionen-Grenze sinken, wie Schröder eben noch gesagt hat, sondern erst bis 2005.

Besser hätte der Kanzler gar nicht zeigen können, wie leichtfertig und fahrlässig er seine Rechnung mit den Schicksalen vieler Arbeitnehmer und deren Familien macht. Angela Merkel nach der Sitzung des Parteipräsidiums am 5. März vor der Presse: „Hochmut kommt vor dem Fall.“

Aber nicht Schröders falsche Zahlen sind das eigentlich Schlimme, sondern die totale Erfolglosigkeit der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik: abgesehen von oh-



nehin wirksamen demographischen Veränderungen „nichts erreicht“. Das Ergebnis des jüngsten Treffens im Bündnis für Arbeit bestätigt die Ernüchterung. Kein Wunder: Anstatt das
Fortsetzung Seite 3

Mit 5,2 Prozent Arbeitslosen steht Baden-Württemberg vorne in der Rangordnung der Länder mit der erfolgreichsten Beschäftigungspolitik – gefolgt von Bayern. Aufbau Ost als Chefsache des Kanzlers: kein Erfolg.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Der selbsternannte Zirkusgaul ist kein Zugpferd

■ Böhr mit 99% bestätigt (Seite 4) ■ Erwin Teufel: Baden-Württemberg soll auch 2010 an der Spitze stehen (Seite 5) ■ Laurenz Meyer: Beteiligen Sie sich aktiv an unserer Kampagne „Bürger machen Staat“ (Seite 6) ■ Paul Breuer: Der Bundeswehr werden 20 Mrd. entzogen (Seite 9) ■ Dietrich Austermann: BM Eichel muss Nachtrag vorlegen (Seite 10) ■ Peter Rauen zur Ökosteuer: Rot-Grün geht es einzig und allein ums Abkassieren (Seite 11) ■ Horst Seehofer zur Gesundheitspolitik von Ulla Schmidt: Enttäuschungen vorprogrammiert (Seite 12) ■ Angela Merkel in Bilbao: Rechtsstaat und Menschlichkeit sind auf Dauer die stärkeren Waffen (Seite 14) ■ Herbert Reul: Laptops und Lehrer (Seite 16) ■ Kurt-Dieter Grill: Schlechter Castor – guter Castor (Seite 18) ■ Positionspapier des CDU-Arbeitskreises Bioethik zur Patentierung bio- und gentechnischer Erfindungen (Dokumentation)

Die heute veröffentlichten Arbeitslosenzahlen belegen, dass die Bundesregierung keine durchgreifenden Lösungen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu bieten hat.

Rot-Grün verfestigt verkrustete Strukturen, die die Arbeitslosigkeit erhalten, statt zusätzliche Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Der Abbau von Überstunden braucht mehr Flexibilität für Einstellungen, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Dem Kanzler fehlt es an der notwendigen Ernsthaftigkeit. Er wirft Zielvorgaben für den Abbau der Arbeitslosigkeit in den Raum und nimmt sie tags drauf zurück, als ginge es um nüchterne Zahlen. Die Einzelschicksale, die dahinter stehen, sind ihm völlig gleichgültig. Der selbsternannte Zirkusgaul Schröder ist kein Zugpferd!

Im Interesse der Arbeitslosen benötigt die deutsche Wirtschaft jetzt dringend ein positives Signal.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die unsoziale Ökosteuer abzuschaffen, zumindest die erneute Erhöhung zum 1. Januar 2002 nicht mehr durchzuführen.

Schröder muss endlich das Heft in die Hand nehmen

Wenn der Bundeskanzler selbst die Ökosteuer nach 2003 für Unsinn hält, warum soll sie dann 2002 noch mal erhöht werden? Das Problem sind nicht die Forderungen der Grünen, sondern, wie der vielstimmige Chor zeigt, das Durcheinander in der SPD. Es zeigt sich, dass der Kanzler nicht in der Lage ist, das Heft in die Hand zu nehmen.

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: UnionBetriebsGmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

GÜNTHER H. OETTINGER:

Ein Erfolg für die Fans

Zur Einigung von ARD und ZDF mit der Kirch-Gruppe über die Übertragungsrechte der Fußballweltmeisterschaften 2002 und 2006 erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medienpolitik: Die Einigung zwischen ARD/ZDF und der Kirch-Gruppe ist ein wichtiger und richtiger Schritt für die Fußballfans

und die deutsche Medienlandschaft. Die Einigung mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wird der Mehrheit der Zuschauer gerecht. Die vereinbarte Regelung wird aus dem jetzigen Gebührenaufkommen finanziert. Sie darf aber nicht automatisch zu einer Erhöhung nach Ablauf der Gebührenperiode führen.

Fortsetzung von Seite 1

Arbeitsrecht zu flexibilisieren und z.B. über modifizierte Kündigungsschutzregelungen gerade älteren Arbeitnehmern neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen, hat die rot-grüne Koalition neue Regulierungen beschlossen – zuletzt mit einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die betriebsfremde Funktionäre stärkt, aber den Unternehmen schadet. In diesem Zusammenhang verwies die Parteivorsitzende auf den Bundesvorstandsbeschluss „Arbeit für alle – Chancen für alle“ vom 15. Januar (*UID 1/2001 – Dokumentation*).

■ Die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit ■ die jetzt schon so gut wie gescheiterte Rentenreform und ■ der neuerdings heftige Koalitionsstreit um die Ökosteuer, die offensichtlich sogar zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer führen wird, waren die Hauptthemen der Beratungen im Präsidium und sind gleichzeitig die Themen, mit denen die CDU bis zur Landtagswahl in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz am 25. März die Wählerinnen und Wähler mobilisieren wird.

Zusammen mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, und seiner Stell-

vertreterin Maria Böhmer will die Parteivorsitzende mit Frauen- und Familienverbänden vor allem über die Interessen der Frauen sprechen, die von der rot-grünen Rentenreform ganz besonders benachteiligt werden.

Die Witwenrente muss erhalten bleiben

Angela Merkel: „Für die Witwenrente bedeuten die rot-grünen Pläne, wenn sie Gesetz werden sollten, langfristig das Aus.“

Die CDU greift den baden-württembergischen Vorschlag auf, Bausparen in besonderer Weise zu fördern, damit auch Wohneigentum zu einem Bestand-

teil der Altersvorsorge wird.

Schon heute führt die Ökosteuer zu erheblichen Belastungen. Die Abrechnung der Wohnnebenkosten wird in den nächsten Tagen auch denjenigen die Augen öffnen, die bisher noch nicht gemerkt haben, wie „unsozial“ diese Steuer ist – für die Grünen allerdings kein Grund, sich davon abbringen zu lassen, weitere Erhöhungen zu planen.

Angela Merkel: „Wie bei Arbeitslosigkeit und Rente verlangen wir von Schröder klare Auskunft: Wie soll es bei der Ökosteuer weitergehen? Am 25. März werden die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auch darüber abstimmen.“ **UD**

Christoph Böhr mit 99 Prozent als Landesvorsitzender **bestätigt**

Die Delegierten des 52. Parteitages der CDU Rheinland-Pfalz in Ransbach-Baumbach stehen zu Beginn der heißen Wahlkampfphase geschlossen hinter Christoph Böhr.

Mit 99 Prozent haben sie ihren Parteichef für die kommenden zwei Jahre im Amt bestätigt. Die rheinland-pfälzische Union hat den Sieg bei der bevorstehenden Landtagswahl am 25. März fest im Blick.

Christoph Böhr zeigte sich in seiner Parteitagsrede gewohnt kämpferisch und entschlossen. „Wir machen's. Besser“ ist die Parole, mit der er die derzeitige politische Situation in Rheinland-Pfalz trefflich attackierte. Mit „einer im Kern verkommenen“ rot-grünen Politik, die in Mainz von Seiten der SPD-geführten Landesregierung immer nur abgenickt würde, müsse endlich Schluss sein. Die Menschen in Rheinland-Pfalz hätten es verdient,



dass man ihre Interessen mit allem Nachdruck vertrete. Unser Land dürfe keinesfalls zur Spielwiese für konzeptionslose Politiker werden, so Böhr, die in blinder Loyalität zur Bundesregierung die dringenden Probleme vor Ort ignorierten. Die CDU in Rheinland-Pfalz habe allen Grund, dem Wahltag optimistisch entgegen zu blicken. Die Ausgangslage sei gut. Und die Wahl gewinne letztlich der, der bis zur letzten Minute kämpfe. Christoph Böhr ließ keinen Zweifel daran, dass das die rheinland-pfälzische CDU sein wird.



Gratulation für den Spitzenkandidaten und wiedergewählten Landesvorsitzenden

Angela Merkel in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz:



„Wir haben in beiden Ländern hervorragende Chancen, die Wahlen am 25. März zu gewinnen.“

ERWIN TEUFEL:

Baden-Württemberg soll auch 2010 an der **Spitze** stehen

CDU-online: Am 25. März sind Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Wie sehen Sie die Chancen der CDU?

Erwin Teufel: Wir haben gute Chancen, die Wahl zu gewinnen. In den Tagen bis zur Wahl am 25. März wird es vor allem darauf ankommen, die noch Unentschlossenen dazu zu motivieren, zur Wahl zu gehen und CDU zu wählen. Wir setzen auf einen Wahlkampf mit Gesprächen von Mensch zu

Mensch. Baden-Württemberg steht im Vergleich aller Länder hervorragend da.

CDU-online: Worauf bauen Sie diese Zuversicht?

Teufel: Wir haben eine erstklassige Ausgangslage. Nirgendwo in Deutschland ist die Arbeitslosigkeit niedriger als bei uns, wir haben die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, die Wirtschaft wächst seit 1996 insgesamt am stärksten in Deutschland. Wir haben die

höchsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung, aus Baden-Württemberg werden seit Jahren die meisten Patente angemeldet. Nirgendwo geschehen weniger Straftaten als in Baden-Württemberg, die Aufklärungsquote bei Straftaten ist bundesweit am zweithöchsten. Nur zwei Länder haben weniger Sozialhilfeempfänger als wir, und in keinem anderen Land engagieren sich mehr Menschen ehrenamtlich. Unsere Nettoneuverschuldung ist so niedrig wie seit 1973 nicht mehr. Baden-Württemberg hat damit den Spitzenplatz aller Länder.

UID

Beteiligen Sie sich aktiv an unserer Kampagne

Aus Anlass des „Internationalen Jahres der Freiwilligen“ 2001 hat die CDU die bundesweite Kampagne „Bürger machen Staat“ sowie die Aktion „Hut ab vor Ihrem Mut“ gestartet.

Unser Ziel ist es, bürgerschaftliches Engagement in seiner Vielfalt verstärkt öffentlich zu machen, auszuzeichnen und gezielt zu unterstützen. Außerdem wollen wir Menschen, die in schwierigen Situationen Zivilcourage gezeigt haben, für ihren selbstlosen Einsatz ehren.

Damit die Aktion bundesweit durchstarten kann, habe ich den Kreisverbänden vor einigen Wochen den Aktionsleitfaden „Bürger machen Staat“ mit detaillierten Informationen zu der Kampagne mit der Erläuterung des Verfahrens, den Bewerbungsbögen sowie mit Mustervorlagen und einer Materialsammlung zugesandt.

Der Einsendeschluss für den Bürgerpreis ist mittlerweile nähergerückt. Die Kreisverbände können noch bis zum 30. April 2001 geeig-



nete Projekte bei den Landesverbänden einreichen. Bitte nutzen Sie diese Zeit!

Auch für die Aktion „Hut ab vor Ihrem Mut“, deren Vorschläge direkt an die Bundesgeschäftsstelle gehen sollen, möchte ich hiermit nochmals ausdrücklich werben.

Wir suchen lebensnahe und praktische Beispiele, die überzeugen

Für die direkte Ansprache der Bürger und die politische Diskussion eignen sich lebensnahe und praktische Beispiele, die überzeugen. Hier einige Vorschläge:

- Flexiblere Raumnutzung in Schulen und sonstigen kommunalen Einrichtungen.

- „Maklerbüro“ – so weit es nicht privat entsteht – anregen und initiieren, indem über zweckmäßige Organisationsformen und -Kenntnisse für Selbsthilfeorganisationen informiert wird.

- Werbung für ein neues Verständnis zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen in kommunalen Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Altenheime).

- Öffentliche Anerkennung für die, die bestimmte auftretende Probleme schlicht selber lösen und Formen finden, selbst wenn sie zunächst etwas ungewohnt erscheinen.

- Stärkere Berücksichtigung von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit in der Berufsbiographie.

- „Bevorzugungen“ derer, die zum Beispiel Freiwilligenarbeit in der Altenbetreuung leisten, bei der Vergabe von Altenheimplätzen und/oder sonstigen Vergünstigungen.

Beteiligen Sie sich mit Ihrem Kreisverband in der verbleibenden Zeit aktiv an der Kampagne. Helfen Sie mit, den Einsatz der CDU für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement deutlich zu machen!

KLAUS RIEGERT:

Ehrenamt ist gelebte **Solidarität**

Zur Verbändeanhörung in Bad Boll am 20./21. Februar erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises „Sport und Ehrenamt“ der CDU/CSU Bundestagsfraktion:

Kaum ein Thema hat in den letzten Jahren durch die öffentliche Diskussion einen solchen positiven Wandel erlebt wie die Frage nach Bedeutung und Wert des Ehrenamtes für unsere Gesellschaft. Dieses Bewusstsein kann eine Renaissance des Ehrenamtes herbeiführen. Wir haben, so lauten alle Umfragen, mehr Ehrenamtliche als je zuvor, und die Bereitschaft bisher unentschlossener Bürgerinnen und Bürgern, sich zu engagieren, ist groß. Aber anders als früher.



fahrungen am sinnvollsten einbringen können – mit Gewinn für andere und Gewinn für das eigene Leben. Sie wollen Freiräume zur Gestaltung, nicht Vollzugsgehilfen administrativer Anordnungen sein. Sie wollen sich mit einem bestimmten Zeitaufwand engagieren. „Einmal Vorsitzender, immer Vorsitzender“ – dies läuft nicht mehr. Wenn dieses Engagement in dieser Form vorhanden ist, dann besteht bei den „Anbietern“ Handlungsbedarf. Es gilt, die Chance zu nutzen, den Wert „Gemeinnützigkeit“ zu entlasten und nicht durch kleinkarierte, unnütze Bestimmungen und Regelungen zu belasten.

■ Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Staat. Bei allen staatlichen Regelungen sind die Auswirkungen auf das Ehrenamt zu berücksichtigen. Dies betrifft den

bürokratischen Aufwand, die steuerliche Belastung und die zunehmende Verrechtlichung.

■ Wir brauchen weniger institutionelle, bürokratische Organisationsstrukturen und Festlegung aller Sachverhalte, sondern den Abbau derselben, um Menschen zu ermutigen, sich eigenverantwortlich und kreativ einzubringen. Wir brauchen Organisationsstrukturen, die verstärkt auf individuelle Möglichkeiten Rücksicht nehmen.

■ Wir müssen eine Entlastung ehrenamtlicher Tätigkeiten erreichen durch Mitwirkung möglichst vieler Menschen.

■ Wir müssen den Menschen deutlich machen, dass vieles, was sie tagtäglich als Selbstverständlichkeit in Anspruch nehmen, auf ehrenamtlichem freiwilligen und unentgeltlichen Engagement beruht, an das nicht überzogene Anforderungen und Ansprüche gestellt werden sollten. Die Belastung ehrenamtlicher Tätigkeiten ist nicht beliebig, sie kann nicht an die Stelle professionellen Engagements bzw. öffentlicher Förderung treten. ▶

Freiräume zur Gestaltung sind gefragt

Menschen lassen sich nicht mehr so leicht in ein Ehrenamt drängen. Sie wählen ihr Engagement bewusster aus als früher, nach persönlichen, biographisch für sie bedeutsamen Kriterien. Sie prüfen genau, wo sie ihre Fähigkeiten und Er-

Die parlamentarischen Initiativen der CDU/CSU Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode berücksichtigen diese Vorgaben und verfolgen folgende Zielsetzung:

■ Bürokratische Entlastung, mehr Freiräume zur Gestaltung, mehr Rechtssicherheit, Minimierung von Haftungsrisiken, steuerliche Gleichstellung und Entlastung ehrenamtlicher Tätigkeiten und eine zeitgemäße Erstattung des Aufwandes in Form einer Pauschale.

Investitionen erleichtern, Bürokratie abbauen

Die von der CDU/CSU Bundestagsfraktion eingebrachte Novellierung des **Vereinsförderungsgesetzes** mit der Anhebung der steuerlichen Bemessungsgrenzen und der Möglichkeit für gemeinnützige Vereine, zusätzliche Rücklagen zu bilden, soll die wirtschaftliche Kraft der Vereine erweitern, Investitionen erleichtern und Bürokratie abbauen.

Die Forderung, die **Neuregelungen der 630,- DM Jobs und der Scheinselbstständigkeit für gemeinnützige Vereine und Organisationen auszusetzen**, entlastet die Vereine und Orga-

nisationen, stärkt deren nebenberufliche Strukturen und baut immensen bürokratischen Aufwand ab.

Die Gesetzesinitiative, den **Bezugskreis** der durch die sog. Übungsleiterpauschale steuerlich begünstigten Erzieher, Übungsleiter, Betreuer und Ausbilder **um Vereinsvorsitzende, Funktionsträger und Helfer zu erweitern**, führt zu mehr Gerechtigkeit zwischen ehrenamtlich Tätigen und baut Bürokratie ab. Als hessischer Ministerpräsident hat der jetzige Finanzminister Eichel 1998 dies gefordert, nun lehnt er es ab, ■ die so genannte **Übungsleiterpauschale auf 4800,- DM anzuheben**, ■ das **Abkassieren von Beiträgen für die Sozialversicherung** auf pauschale Aufwandsentschädigungen **abzustellen**.

Aufwandsentschädigungen sind keine Entgelte und müssen sozialversicherungsfrei bleiben. Um Missbrauch auszuschalten, darf die Höhe der Aufwandsentschädigung 1/7 der monatlichen Bezugsgröße (§ 18 IV Sozialgesetzbuch) nicht überschreiten. Das sind rd. 620,- DM monatlich.

Der Vorwurf der rot-grünen Koalition, diese Maßnahmen seien finanziell nicht zu schultern, geht ins

Leere. Die rot-grüne Koalition hat die gemeinnützigen Vereine durch Einführung der sog. Ökosteuern, durch Anhebung der Energiesteuern, durch Neuregelungen der 630,- DM Jobs und der Scheinselbstständigkeit immens belastet. Die finanziellen Auswirkungen, die sich durch die gesetzlichen Initiativen der CDU/CSU Bundestagsfraktion ergeben, machen nur einen Teil der von der rot-grünen Koalition verursachten Belastungen aus.

Den Menschen Vertrauen entgegen bringen

Die gesetzlichen Maßnahmen sind wichtig: Sie entlasten von Bürokratie und ersetzen ehrenamtlich Tätigen angemessen den Aufwand, ohne dass diese jede einzelne Maßnahme nachweisen müssen. Dieses Vertrauen sollten wir Menschen entgegenbringen, die sich im Sinne der Gemeinnützigkeit engagieren. Vernünftige Rahmenbedingungen sind eine wichtige Voraussetzung für gemeinnütziges Handeln. Wichtiger noch ist die Einsicht, dass ohne gemeinnütziges Handeln in unserer Gesellschaft nichts läuft.

PAUL BREUER:

Der Bundeswehr werden 20 Milliarden Mark entzogen

Wir müssen in den **Familien** die Voraussetzung für eine innere Bereitschaft zu gegenseitigem Helfen stärken. Hier werden die Grundlagen für Toleranz, Einsicht, Verständnis, Rücksichtnahme und Verantwortung geschaffen.

Die Schule muss den Gemeinsinn stärker fördern, frühzeitig zu eigenverantwortlichem Handeln erziehen und Egoismen zurückführen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen partnerschaftliche Regelungen hinsichtlich der Freistellung für Weiterqualifizierung und ehrenamtliches Engagement treffen. Eine gesetzliche Regelung ohne Einsicht wirkt kontraproduktiv.

Die Politik sollte sich zurückhalten

Die Medien hätten hervorragende Möglichkeiten, Wert und Bedeutung ehrenamtlichen Engagements herauszustellen, sie sollten sie nutzen. Hier gibt es noch großen Handlungsbedarf.

Jeder sollte ehrenamtliches Engagement als selbstverständliches Tun empfinden, als eine selbstverständliche Aufgabe innerhalb einer Gemeinschaft, die von ihren Bürgerinnen und Bür-

Der Generalinspekteur bringt die Wahrheit ans Tageslicht: Die Bundeswehr ist in Teilen nicht einsatzbereit. Meine Befürchtung: Tendenz schlechter.

Die Material- und Ausrüstungsplanung geht nicht entschlossen in Richtung Modernisierung, die Ersatzteilversorgung verschlechtert sich zunehmend. Seit Scharping Minister ist, sind die Entwicklungen zunehmend negativ.

Dies steht in völligem Gegensatz zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Notwendigkeiten: Wachsende Belastungen durch den Einsatz auf dem Balkan, zunehmende NATO-Verpflichtungen (Defence Capabilities Initiative) und die Bildung einer europäischen Eingreiftruppe (European Head-

line Goal). Hinzu kommen neue Bedrohungen und damit verbunden die Diskussion über eine NATO-gemeinsame Raketenabwehr.

Die durch Rot-Grün ängstlich und sorgsam vermiedene sicherheitspolitische Debatte führt zu einer falschen Lagebeurteilung. Scharpings „Reform“ konnte sich nicht an den gewachsenen sicherheitspolitischen Herausforderungen orientieren. Sie musste sich der fallenden Haushaltslinie des Eichelschen Finanzdikтата beugen. Ein Armutszeugnis für Rot-Grün.

In den nächsten Jahren wird gekürzt „auf Teufel komm raus“, weder modernisiert noch investiert. Der Bundeswehr werden in den nächsten Jahren knapp 20 Mrd. DM entzogen.

gern getragen wird. Gefordert sind hier in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Organisation, in denen ehrenamtliches Engagement zum Tragen kommt. Die Politik sollte

sich zurückhalten; sie muss Rahmenbedingungen so setzen, dass eine freie Entfaltung nicht behindert wird, sondern Bürgerinnen und Bürger ermutigt werden, sich zu engagieren. **UD**

Eichel muss **Nachtrag** vorlegen

Zur aktuellen Haushalts-situation erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Das drängendste Finanzproblem, das – neben der BSE-Krise – in den nächsten Wochen gelöst werden muss, ist die völlig unzureichende Finanzausstattung der Bundeswehr. Dass beispielsweise in Panzer-Einheiten dazu übergegangen wird, Panzer in Einzelteile zu zerlegen, damit man über genügend Ersatzteile verfügen kann, ist schlichtweg unwürdig. Hans Eichel und Rudolph Scharping machen aus der Bundeswehr eine Dritte-Welt-Armee mit Verhaltensmustern, die heute selbst im Maghreb nicht mehr gelten.

Die Unions-Fraktion wird deshalb die beiden Minister in der nächsten Sitzungswoche in den Haushaltsausschuss zitieren, um Klarheit in die Finanzsituation der Bundeswehr zu bringen. Dabei werden CDU und CSU darauf bestehen, dass die Bundeswehr für die Finanzierung ihrer notwendigen Aufgaben nicht auf bloße Hoffnungswerte verwiesen wird, wie etwa Einnahmen aus der Veräuße-



rung von Material und Liegenschaften, die in der veranschlagten Höhe tatsächlich nicht zu erwarten sind.

BSE-Krise wird 2 Milliarden DM kosten

Die BSE-Krise wird nach gegenwärtigem Kenntnisstand mindestens gut 2 Mrd. DM kosten; welche Kosten die Maul- und Klauenseuche verursachen wird, kann im Augenblick noch nicht einmal abgeschätzt werden. Dass dem Finanzminister zur Finanzierung der BSE-Folgekosten nicht mehr einfällt, als die betroffenen Bauern selbst dafür zahlen zu lassen, ist schlicht eine Peinlichkeit.

Ob die Steuerreform „nach neuesten Erkenntnissen“, wie es heute in der Presse heißt, zu mehreren Milliarden DM zusätzlichen

Steuerausfällen führen wird, ist fraglich. Die Union hat den Verdacht, dass die Regierung auf die angeblich großartigen Steuerentlastungen der Steuerreform verweist, um davon abzulenken, dass ihre inkompetente Wirtschaftspolitik zu einem Absturz des Wirtschaftswachstums in den letzten sechs Monaten geführt hat, der im Jahr 2001 auch die ansich positive Entwicklung der Steuereinnahmen nach unten ziehen wird.

Neben diesen eher strukturell geprägten Finanzproblemen stehen solche, die man unter der Überschrift „Spendierhosen des Bundeskanzlers“ erwähnen müsste: Der größte Betrag von mehr als 1 Mrd. DM ergibt sich allein aus den Zusagen Schröders gegenüber dem niedersächsischen Ministerpräsidenten, der Bund werde 2/3 des EXPO-Defizits übernehmen.

Die Union wird deshalb einen Antrag im Bundestag einbringen, mit dem der Finanzminister aufgefordert wird, die vielfältigen Veränderungen bei Einnahmen und Ausgaben im Haushalt in einem Nachtragsgesetz zusammenzustellen. **UD**

ANDREAS SCHMIDT:

Erklärungsbedarf bei SPD-Parteifinzen

Erklärung zu den Medienberichten, denen zufolge der Springer-Verlag weiter verbreiten darf, dass die SPD bis 1989 Schwarzgeldkonten in der Schweiz unterhalten habe:

Die Staatsanwaltschaft Bonn war in den achtziger Jahren dem Verdacht nachgegangen, ob Spenden in Millionenhöhe über die Friedrich-Ebert-Stiftung an die israelische Fritz-Naphtali-Stiftung über deren Schweizer Nummernkonten der SPD zugeleitet wurden. Sie war u. a. zu der Feststellung gelangt, „dass von 1975 bis 1980 ca. 19 Mio DM Barspenden bei der SPD eingezahlt worden sind, denen ein fast gleich hoher Betrag an Zahlungen der FES an die FNS gegenübersteht“. Für die Durchleitung von Spenden an die SPD unter Zwischenschaltung der FES sprach weiter das in den Bundestagswahljahren gegenüber den sonstigen Jahren deutlich erhöhte Spendenaufkommen, das mit verstärkten Überweisungen an die FNS korrespondierte. Es besteht nach der aktuellen Gerichtsentscheidung bei der SPD erheblicher Erklärungsbedarf.

PETER RAUEN:

Rot-Grün geht es einzig und allein ums **Abkassieren**

Zu den Überlegungen des Bundesfinanzministers, die Rentenversicherung wegen der hinter den Erwartungen zurückbleibenden Ökosteuer-Einnahmen durch eine Mehrwertsteuererhöhung zu finanzieren, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nachdem die Bundesregierung ihr Ökosteuerkonzept noch im Herbst als die genialste Entdeckung seit dem Ei des Columbus präsentiert und Politiker der Grünen von einer Verlängerung über 2003 hinaus geschwärmt hatten, leiten der Finanzminister und sein Staatssekretär Zitzelsberger jetzt das Rückzugsmanöver ein.

Instabile Einnahmequelle

Angesichts unerwartet geringer Einnahmen nimmt Zitzelsberger erschreckt zur Kenntnis, dass die Ökosteuer vielleicht doch eine Lenkungswirkung entfalte. Und Eichel



legt öffentlich die Stirn in Falten, weil ihn angeblich schon seit langem die Frage beschäftigt, ob eine so instabile Einnahmequelle wie die Ökosteuer zur langfristigen Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung taugt.

Diese Äußerungen von der Spitze des Bundesfinanzministeriums sind das öffentliche Eingeständnis, dass das Ökosteuerkonzept von Anfang an eine Mogelpackung war und es der Regierung nur um das Abkassieren ging. Nachdem dies an der Tankstelle nicht mehr die erhofften Erfolge bringt, soll die Öffentlichkeit anscheinend darauf eingestimmt werden, dass an einer höheren Mehrwertsteuer zur Stabilisierung des Rentenversicherungsbeitrags kein Weg mehr vorbeiführt.

HORST SEEHOFER:

Enttäuschungen vorprogrammiert

Zu den Äußerungen von Bundesgesundheitsministerin Schmidt zu den aktuellen gesundheitspolitischen Plänen der Koalition erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hat in den ersten Wochen ihrer Amtszeit hohe Erwartungen geweckt. Nun hat es den Anschein, als wenn sie einen Rückzieher nach dem anderen machen würde. Damit sind Enttäuschungen bei den Betroffenen im Gesund-



heitswesen vorprogrammiert. Bundesgesundheitsministerin Schmidt hat vor einigen Wochen noch angekündigt, die Budgetierungen im Gesundheitswesen durch neue, positiv steuernde Instrumente abzulösen. Insbesondere hat sie ange-

gekündigt, den kollektiven Regress der Ärzte bei Überschreitung der Arzneimittelbudgets abzuschaffen. Dazu reicht aber keine ministerielle Absichtserklärung, sondern es bedarf eines Gesetzes. Sie hat den

Ärzten in den neuen Ländern eine bessere Honorierung ihrer Leistungen in Aussicht gestellt. Konkrete Schritte dazu sind jedoch nicht erkennbar. Und sie hat im Bundestag zu einem generellen Neuanfang in der Gesundheitspolitik aufgerufen. Danach sieht es aber nicht aus. Vielmehr werden nur noch kleinere Teilschritte beim Risikostrukturausgleich und bei den Festbeträgen für Arzneimitteln angekündigt.

Löst die Probleme nicht

Die dringend notwendige grundlegende Strukturreform, die nachhaltige Antworten auf die Herausforderungen der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts gibt, wird auf die nächste Legislaturperiode verschoben. Ein solches Vorgehen ist weder seriös, noch löst es die tiefgreifenden Probleme im Gesundheitswesen. Die Menschen wollen wissen, was auf sie zukommt. Die Antwort kann nicht solange warten, bis die Bundesregierung sich über die nächste Wahl gerettet hat. **UD**

DAS PRÄSIDIUM der CDU ist sich darin einig, der Empfehlung seiner Anwälte zu folgen und einer Sprungrevision beim Verfahren wegen des Rechenschaftsberichts 1998 nicht zuzustimmen. Wenn der Bundestagspräsident einen schnellen rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens anstrebt, kann er das am ehesten dadurch erreichen, dass er auf Rechtsmittel verzichtet. Das Verfahren wäre dann beendet. Wenn der Bundestagspräsident aber gegen das gut begründete Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vorgehen will, sollte er den normalen Rechtsweg gehen, zumal die Argumentationslinien der CDU u. a. auch auf Tatsachen gerichtet sind, über die nur in der Berufungsinstanz Beweis erhoben werden kann.

WOLFGANG BÖRNSEN:

Für die **rot-güne** Bundesregierung ist die Ostsee-Region kein Thema

Mit fünf halbherzigen Zielen trat Außenminister Fischer im Juli 2000 die deutsche Ostseeratspräsidentschaft an. Bis heute gibt es keine Erfolge zu verzeichnen.

Das Ziel, das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost und West abzubauen, wurde verfehlt. Ein Direktprogramm für die Ostseeregion, wie Schweden es mit 1 Mrd. Kronen betreibt, gibt es von der Bundesrepublik nicht und ist von dieser Regierung auch nicht geplant. Die überwiegende Zahl der Programme wird von der EU finanziert. Der Ausbau der Verkehrswege rund um die Ostsee wird vernachlässigt, so wie die lange ausstehende Erneuerung des Bundesverkehrswegeplans noch aussteht. Eine derartige Ignoranz gegenüber einem Zukunftsmarkt ist nicht tragbar.

Das Ziel, die Ostseeregion als Wissensgesellschaft zu stärken, wurde durch keine eigenen Initiativen belegt. Die Einrichtung einer Eurofakultät in Kaliningrad geht nicht auf das Konto der rot-grünen Regie-



rung, denn das Programm der Eurofakultäten wurde 1992 gemeinsam mit dem Ostseerat von der CDU mit eingeleitet. Wir fordern die massive Unterstützung der Universitäten im Ostseeraum und deren Vernetzung. All das muss auf einem Ostsee-Hochschulgipfel besprochen werden.

Das Ziel, das Verhältnis des Ostseerates zur EU zu stärken, ist für die Regierung lediglich eine Ausflucht, auf nationale Maßnahmen zu verzichten.

Auch die nachhaltige Entwicklung und ökologische Risiken müssen eine größere Beachtung finden. Das Ziel der vereinbarten Reduzierung der Wasserverschmutzung wurde nicht erreicht. Konsequenz des Außenministeriums: keine Anstöße aus Deutschland,

sondern Forderungen an die russische Präsidentschaft, die Umwelt zu einem Schwerpunkt zu machen.

Weiter soll die Stärkung der Zivilgesellschaft auf der Grundlage kultureller Gemeinsamkeiten vorangetrieben werden, auch durch mehr Beteiligung der Parlamente. Die Wirklichkeit sieht völlig anders aus. Bis auf die jährliche Ostseeparlamentarierkonferenz gibt es für die 100 Parlamentarier aus 11 Ländern wenig zu sagen im Ostseeraum. Deshalb fordern wir, dass die Parlamentarierkonferenz gleichberechtigtes Mitglied im Ostseerat wird.

Die Ostseeregion hat derzeit keine vorrangige Bedeutung für die Bundesregierung. Sie steht nicht in der Regierungserklärung, nicht im Koalitionsvertrag. Diese Regierung lässt sich in der Ostseepolitik vertreten durch die Programme der EU, durch die Verlagerung von Aufgaben auf Nicht-Regierungs-Organisationen und durch die Delegation der Ostseezusammenarbeit auf die norddeutschen Bundesländer.

UD

ANGELA MERKEL:

Rechtsstaat und Menschlichkeit sind auf Dauer die **stärkeren Waffen**

Aus der Rede der Parteivorsitzenden anlässlich einer Veranstaltung der Partido Popular (PP) unter dem Motto „Europe: Passion for Freedom“ am 25. Februar in Bilbao:

Als Vorsitzende der CDU Deutschlands bin ich heute nach Bilbao gekommen, um unsere EVP-Partnerpartei Partido Popular zu unterstützen in ihrem Kampf gegen Hass und Gewalt und in ihrem Bemühen für Menschenrechte, Frieden und Sicherheit.

Ich bin gekommen, um mein Mitgefühl mit den Opfern des Terrorismus, ihren hinterbliebenen Familien und Freunden zum Ausdruck zu bringen.

Gewalt ist niemals eine Lösung

Es sind die Opfer, die einen Anspruch auf unsere Anteilnahme und unsere Solidarität haben. Es sind die Täter, die unseren Widerstand, unsere Ächtung und die Härte des Rechtsstaates spüren müssen.

Gewalt ist niemals eine



Lösung. Gewalt ist niemals ein zulässiges Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele, egal in welchem Gewande die Verfechter dieser Ziele ihre feigen Anschläge rechtfertigen wollen. Baskische Terroristen fördern nicht die baskische Sache. Sie diskreditieren sie.

Der Weg von Blut und Gewalt ist ein Irrweg, der in vergangenen Jahrhunderten viel Leid über die Völker gebracht hat. Heute müssen wir deutlich machen, dass wir aus der Geschichte gelernt haben, indem wir mit zivilisierten und rechtsstaatlichen Mitteln Konflikte austragen. Es ist absurd, von Freiheit zu reden, aber zu den Mitteln der Barbarei zu greifen.

Wir bannen nicht nur die Gewalt. Wir bannen auch ihre offene oder verdeckte

Unterstützung oder Duldung. Niemand soll glauben, in Europa gebe es irgendwelche Sympathien für Bombenleger und Hecken schützen. In der Frage des Terrorismus darf es keine Doppeldeutigkeit geben. Zusammenarbeit mit Gruppen, die in der Gewaltfrage nicht klar Stellung beziehen, darf es nicht geben.

Sie haben unsere Unterstützung

Im demokratischen freiheitlichen Rechtsstaat muss der Staat auf dem Gewaltmonopol bestehen. Wer diese Regel verletzt, versündigt sich an den Regeln des Anstandes, an den Regeln der Zivilisation und an dem Menschenrecht auf Freiheit und Unversehrtheit des Lebens.

Europas Kräfte der politischen Mitte sind heute hier zusammen gekommen, um der Gewalt eine Absage zu erteilen und um Sie alle zu unterstützen in Ihrem Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben in einem florierenden Baskenland.

Der Kampf gegen den Terrorismus erfordert Klarheit, Wahrheit und Mut. In Deutschland haben wir in den 70er Jahren eine schreckliche Phase des Terrorismus durchgemacht. Im In- und Ausland haben bewaffnete deutsche Terroristen die freiheitliche Grundordnung bekämpft und den Rechtsstaat provoziert. Demokratie und Freiheit haben gesiegt, weil der Staat Härte gezeigt hat und weil sich die friedlichen Demokraten einig waren, Gleiches nicht mit Gleichem zu vergelten, sondern auch barbarische terroristische Straftaten mit den Mitteln des Rechtsstaats aufzuarbeiten und zu bekämpfen.

Demokraten sind nicht machtlos

Rechtsstaatlichkeit, Menschlichkeit und Dialog sind auf Dauer die stärkeren Waffen, wenn wir uns nur einig sind. Wir, die politischen Kräfte der Mitte, stehen für die europäische Idee. Uns eint der europäische Wertekanon, getragen von Menschenrechten und Demokratie. Uns eint die Vision eines friedlichen, freien und geeinten Europas.

Wir wären nicht so weit gekommen, wenn die Grün-

derväter nicht auf Versöhnung und Dialog gesetzt hätten. Die neue Generation Europas blickt nach vorne. Zu groß sind die Herausforderungen in einer globalisierten Welt, in der wir gerade einmal 5 Prozent der Bevölkerung stellen, als dass wir unsere Kräfte mit alten Grabenkämpfen binden könnten.

Wer den Frieden will, darf seine Fundamente nicht zerstören, und wer die Freiheit will, darf die Regeln der Freiheit nicht verletzen. Die Freiheit ist auch immer die Freiheit des Andersdenkenden. Sie setzt voraus, dass man dem Anderen zuhört, dass man ihn im wahrsten Sinne des Wortes leben lässt. Freiheit setzt auf Verständigung und Dialog, nicht auf Bomben und Terror.

Wir haben in unseren Ländern eine unterschiedliche Geschichte hinter uns. Gerade in den letzten zwei Jahrhunderten haben unsere Völker viel erlitten: durch Krieg, Unterwerfung, menschenverachtende Ideologien und tragische Utopien. Stück für Stück haben wir dies in Europa in den letzten Jahren überwunden, Faschismus und Nazibarbarei genauso wie den Kommunismus. Das erfüllt uns mit Dankbarkeit und auch mit Stolz.

Das deutsche Volk hat noch bis vor rund 10 Jahren unter den Verirrungen der alten Zeit gelitten. Als jemand, der in der DDR aufgewachsen ist, weiß ich, was politische Repression, physische und psychische Gewalt bedeutet. Wir sind diese Fesseln los geworden, weil die europäischen Parteien der Mitte Flagge gezeigt haben und die Freiheit hochgehalten haben und weil die Bürger in der ehemaligen DDR durch eine friedliche Revolution ihr Schicksal in die eigene Hand genommen haben.

An der Wertegemeinschaft des Westens orientiert

Wir haben heute eine Verpflichtung, das europäische Haus in Ordnung zu halten, damit es Ausstrahlung und Faszinationskraft für die Völker im Osten hat. An was sollen sie sich denn orientieren, wenn nicht an der Wertegemeinschaft des Westens? Europas Völker wollen nicht mehr anders leben als in Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung.

<http://>

Den vollen Wortlaut der Rede der Parteivorsitzenden finden Sie unter: www.cdu.de

HERBERT REUL:

Laptops und **Lehrer** oder: Informationen fruchtbar machen

Anlässlich einer Anhörung des Bundesausschusses Bildungspolitik mit dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, und dem Internet-Sprecher der CDU, Thomas Heilmann, erklärte der Vorsitzende des Bundesausschusses am 20. Februar:

Die Internet-Begeisterung bei vielen Bildungspolitikern darf nicht darüber hinwegtäuschen: Mit dem Anschluss der Schulen an das WorldWideWeb ist nur ein Teilziel erreicht. Sinnvolle Nutzungskonzepte müssen in vielen Bereichen erst noch entwickelt werden. Es gilt nun, die großen Chancen, aber auch die Grenzen des Internet-Einsatzes in den Schulen auszuloten.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat schon 1996 unter dem damaligen Bildungsminister Jürgen Rüttgers die Initiative „Schulen ans Netz“ gestartet und damit deutlich gemacht: Die Schüler in Deutschland haben einen Anspruch darauf, mit den modernen Informations- und Kommunikati-



onstechniken vertraut gemacht zu werden. Die immense Bedeutung des Internet für das gesamte Bildungssystem und Deutschlands wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unterstreicht auch das Papier „Bildungsvorsprung für Deutschland“ der Internet-Kommission der CDU. Ohne solide Erfahrungen im Umgang mit dem Internet wird in Zukunft kaum jemand auf dem Arbeitsmarkt bestehen können.

Auf der Datenwelle surfen, anstatt von ihr überrollt zu werden

Für die Union ist dabei klar: Die Medienkompetenz, die Schüler heute unbedingt erwerben müssen, ist mehr als Technikkom-

petenz. Kinder und Jugendliche müssen vielmehr mit der Datenflut im Internet sinnvoll umgehen und Informationen einordnen und verwerten können. Der Umgang mit dem Internet ist aber noch kein Wissenserwerb. Die hier gewonnenen Informationen müssen erst noch fruchtbar gemacht werden. Sinnloses Herumklicken darf es deshalb in den Schulen nicht geben. Ziel ist es, souverän auf der Datenwelle zu surfen – statt von ihr überrollt zu werden.

Wer wie die Bundesbildungsministerin aktionistisch jedem Schüler einen Laptop in den Ranzen legen will, sollte erst einmal Kosten und pädagogischen Nutzen abwägen. Klar ist, dass mehr Computer an den Schulen in Deutschland benötigt werden. Vor allem aber werden Lehrer gebraucht, damit die Schulen ihren Auftrag erfüllen können.

Um Medienkompetenz vermitteln zu können, müssen die Lehrer selbst medienkompetent sein. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass die Lehrer

Die SPD könnte von ihren britischen Genossen lernen

schon in ihrer Ausbildung die hierfür erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erhalten und sie in regelmäßiger Fortbildung aktualisieren können.

Viele Lehrer berichten immer häufiger von nervösen und aufgekratzten Kindern, die einen großen Teil ihrer Freizeit vor dem Fernseher oder am PC verbringen. Schule kann und sollte hier auch einen gewissen Ausgleich bieten. Sie darf nicht noch zur Reizüberflutung von Kindern und Jugendlichen beitragen. Auch dieser Aspekt muss bei der Diskussion über Internet im Klassenzimmer berücksichtigt werden.

Ausserdem ist zu beachten, dass die Schulen mehr leisten als reine Wissensvermittlung. Zu ihrem Auftrag gehört es auch, erzieherisch zu wirken, also Werte zu vermitteln und Orientierung zu geben. Diese immer wichtiger werdende Aufgabe stellt die Schulen vor große Herausforderungen.

Sie kann nicht vom Computer, sondern nur von den Lehrern im lebendigen Dialog, nicht im virtuellen „Chat“ mit den Schülern gemeistert werden. Dabei verdienen die Lehrer gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung.

Zu den neuesten Entwicklungen der Bildungspolitik in Großbritannien erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Bildungspolitik der CDU, Herbert Reul:

Die Sozialdemokraten wollen die Gesamtschulen abschaffen – leider nur in Großbritannien. Schröders SPD bleibt dagegen auch weiterhin den verfehlten bildungspolitischen Konzepten der sechziger und siebenziger Jahre verhaftet.

Tony Blair und die britische Labour-Party verschließen nicht länger die Augen davor, dass die Gesamtschulen das Bildungsniveau in Großbritannien erheblich gedrückt haben. Sie kündigen an, das Schulwesen wieder stärker zu gliedern, um es begabungsgerechter und leistungsfähiger zu machen.

Auch in Deutschland hat sich die Gesamtschule nicht bewährt. Darüber kann es heute keinen Zweifel mehr geben. Trotz eines überdurchschnittlichen Einsatzes an Finanzmitteln und Lehrern fördert sie in

der Regel Schüler nachweislich schlechter als andere Schularten. Das gilt sowohl für lernschwache als auch für lernstarke Schüler. Nicht nur beim Wissensstand schneiden Gesamtschüler schlechter ab. Langzeitstudien haben ergeben, dass dies auch für das „soziale Lernen“ gilt, angeblich eine Stärke der Gesamtschule.

Chancengerechtigkeit verbessern

Mit der CDU wird es deshalb keine neuen Gesamtschulen geben. Die CDU setzt sich außerdem dafür ein, dass sich die bereits bestehenden Gesamtschulen differenzierten Lernwegen annähern, damit in ihnen eine individuelle Förderung der Schüler gelingen kann und die Chancengerechtigkeit verbessert wird.

Ich fordere die SPD auf, von ihren britischen Genossen zu lernen. Die SPD braucht ein neues Schröder-Blair-Papier: diesmal für die Bildungspolitik.

KURT-DIETER GRILL:

Schlechter **Castor** – guter Castor

Die rot-grüne Bundesregierung, die vehement den sogenannten Ausstieg aus der Kernenergie betreibt, hat zwei elementare Schwächen. Sie hat ■ bisher kein schlüssiges Energieprogramm vorgelegt – der Bundeswirtschaftsminister begründet dies in nicht öffentlichen Zirkeln mit dem Hinweis, die Antwort auf eine konsistente Klimapolitik könne nicht gleichzeitig mit dem Ausstieg aus der Kernenergie gegeben werden – ■ kein alternatives oder gar „neues“ Entsorgungskonzept. Anlagen, die vor der Bundestagswahl massiv bekämpft wurden, werden heute als sicher dargestellt und selbstverständlich genutzt.

Die aktuelle Debatte um die Transporte nach Gorleben rückt zwar den Bundesumweltminister und die Grünen in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Hier sollte aber nicht vergessen werden, daß auch die SPD und ihr Bundeskanzler in der Verantwortung stehen. SPD und Grüne erwecken seit Jahren den Eindruck, dass unter ihrer Verantwortung alle Anlagen in Gorleben verschwinden



würden. Schröder hat 1989 versprochen, in Gorleben werde nur noch nach Kartoffeln gebuddelt. Die Grünen haben zwei Jahrzehnte fast jede Form des sogenannten Widerstandes politisch unterstützt und demagogisch gegen die Politik der CDU/CSU agitiert.

Gorleben ist auch ein Standort der Kernenergiepolitik der SPD

Es muss daran erinnert werden: Wiederaufbereitung in La Hague und Castortransporte von dort wurden bereits vor Ende der Regierung Helmut Schmidt völkerrechtlich verbindlich vereinbart. Gorleben ist auch ein Standort der Kernenergiepolitik der SPD.

Sie hat ihn gefördert. Der Widerstand dagegen gehört zur Geschichte der Grünen.

SPD und Grüne haben bis zum Regierungswechsel polemisch die Ängste der Bürger geschürt.

Jetzt nutzen sie ohne ein Wort der Entschuldigung die Anlagen, die gestern noch als unverantwortlich kritisiert wurden. Aus dem „bösen Castor“ von Angela Merkel wird der „gute Castor“ von Jürgen Trittin. Es ist Bundesumweltminister Trittin, der die weitere Verbringung abgebrannter Brennelemente in die Wiederaufbereitung in Frankreich garantiert. Bei der CDU/CSU und FDP war das „kriminelle“ Abfallschieberei. Es ist Schröder, der mit Jospin einen Vertrag zur Rückführung der Abfälle aus Frankreich schließt. Ohne Zögern wird heute von völkerrechtlich verbindlichen Verträgen gesprochen, wo gestern noch eine solche Verpflichtung bestritten wurde.

Das Bundesamt für Strahlenschutz erklärt im Auftrag von Trittin jetzt: „Die Transporte sind sicher.“

Die dies behaupten, haben gestern noch den Wahlkampf mit dem Gegenteil bestritten. Die Anlagen in Gorleben werden nicht ab-

gerissen, das Moratorium zur Erkundung des Endlagers dauert allenfalls bis 2003. Diese kaltschnäuzige, eher menschenverachtende Art trägt heute zum wachsenden Widerstand bei.

Für Wut und Enttäuschung sind Schröder und Trittin verantwortlich

Wenn Ende März der Castortransport massiver denn je bekämpft wird, dann sind Schröder und Trittin für die Wut und die Enttäuschung verantwortlich. Der Ministerpräsident Schröder und seine Umweltministerin haben früher den Eindruck erweckt, sie und die SPD kämpfen einen „heldenhafte“ Kampf mit allen Mitteln, um die „böse“ CDU/CSU-Regierung zu hindern.

SPD und Grüne haben den Atomstaat beschworen, heute denkt der SPD-Innenminister über mobile „Gehwarsamzellen“ in Form von Drahtkäfigen nach. Die SPD schweigt heute, wo gestern der Widerstand für die eigene Macht instrumentalisiert wurde.

Die Grünen marschierten selbst mit, protestierten gegen jede Form des Atom-mülltransportes. Heute lässt Trittin „klammheimlich“

transportieren. Auf Distanzierungen von gewalttätigen Blockaden, Untertunnelung von Straßen hat man früher beim grünen Führungspersonal vergeblich gewartet. Schließlich waren auch Parteifreunde, Wählerinnen, Wähler und Sympathisanten beteiligt. Kaum mit dieser Hilfe auf der Regierungsbank angekommen, passen strafbare Aktionen gegen Castortransporte nicht mehr ins Konzept. Trittin, Kühn, Schlauch und Co. haben die rechtliche und moralische Verpflichtung entdeckt. Wo früher Widerstand gepredigt wurde, befiehlt Trittin heute Gehorsam.

Die Berliner Zeitung hat das am 7. Februar kommentiert: „Die Grünen, hervorgegangen aus sogenannten außerparlamentarischen Bewegungen, haben die Proteste noch bis ans Ende

der 90er Jahre als einen Hort demokratischer Willensbildung verherrlicht.

Auf einmal gelten die Bürgerinitiativen als Störenfriede

Jetzt, da die Grünen Regierungspartei geworden sind, werden die Bürgerinitiativen mit derselben Übertreibung als Lobbyisten belächelt und als Störenfriede diszipliniert. Das gilt in besonderem Maße für Umweltminister Jürgen Trittin. Dessen offenkundig leninistische Grunddisposition macht es ihm leicht, Bürgerwillen als nur funktional, also unter der Fragestellung: Wem nützt er? zu behandeln.“ Der Widerstand in Gorleben war nützlich bis zum 27. September 1998. Jetzt stört er nur.



Früher forderten SPD und Grüne den Abriss aller Anlagen in Gorleben. Gerade rechtzeitig zum ersten rot-grünen Castortransport fertig: Die neue Halle für den Umladekran in Dannenberg zum Schutz vor Gewalttätären, auf Wunsch des SPD-Innenministers.



FISCHER

Teelöffelweise

Joschka Fischer vertritt mehr als nur sich selbst. Er spricht für den wichtigsten Staat in Europa und das Schlüsselland der Nordatlantischen Gemeinschaft. Gewicht nach innen und außen sind Bedingungen, um deutsche Interessen verantwortlich wahrzunehmen. Ins Gespräch des amerikanischen Außenministers Powell mit Fischer mischten sich die Geister der Vergangenheit. Es geht nicht um Halbvergessenes aus wilden Zeiten. Es geht um Klarheit und Wahrheit, wie sich einer dazu stellt, hier und jetzt. Teelöffelweise geht das jedoch nicht. Bild

GESUNDHEIT

Völlig unklar

Erst hat die Gesundheitsministerin die Kostendisziplin gelockert. Jetzt stellt sie

sich hin und ruft angesichts drohender Beitragserhöhungen laut: „Haltet den Dieb.“ Dabei muss sie doch gewusst haben: Wenn ein Gesundheitsminister Reformen in Aussicht stellte, haben die Anbieter noch jedes Mal versucht, einen kräftigen Schluck aus der Pulle zu nehmen. Sicher hat der medizinische Fortschritt seinen Preis. Aber Schmidt, die das System im Konsens reformieren möchte, hat einen Fehler gemacht, als sie signalisierte, den Spardruck zu lockern. Es gibt nun mal Interessengegensätze, die sich nicht zuleistern lassen. Da muss man als Politikerin notfalls Konflikte mit den mächtigen Interessengruppen wagen. Was Schmidt aber will, bleibt völlig unklar. Der Tagesspiegel

AIRBUS

Neuer Pragmatismus

In Hamburg geht das bittere Scherzwort um: Wenn ein Airbus tief über einen französischen Acker fliegt,

ruft der Bauer „Vive la France“; wenn das in Deutschland passiert, rennt der Bauer zum nächsten Telefon und ruft die Gerichte an. Während viele großtechnische Projekte in Deutschland jahrzehntelang von Klägern blockiert wurden, zeigt Hamburg einen neuen Pragmatismus bei der Güterabwägung von Naturschutz und Arbeitsplätzen. Für die Teilmontage des größten Flugzeuges der Welt, des Airbus A 380, darf die Werft in Finkenwerder jetzt erweitert werden.

Die Welt

KLIMA

Schlimme Folgen

Auf jede Katastrophenmeldung folgen beruhigende Einschränkungen, dass die Computermodelle der Klimaforscher nur vage Prognosen liefern und dass es Klimaänderungen schon immer gegeben habe. Doch die Klimaexperten der Vereinten Nationen belegen in ihrem jetzt veröffentlichten

NEU NPOST STERNKUR WIRTSCH

Gründungsjahr 1926

Bericht, dass sich das Klima bereits verändert. Ob es sich dabei allein um natürliche Schwankungen handelt oder der Mensch eine Mitschuld trägt, ist letztlich zweitrangig, denn die Folgen werden die gleichen sein. Um diese abzuschätzen, können sich die Forscher auf Daten aus der jüngsten Vergangenheit stützen. Schon wenige Zehntel Grad mehr oder weniger, so zeigte sich in den 10 000 Jahren seit der letzten Eiszeit, entscheiden über Ernten und Erträge. Einst machten sich die Völker auf den Weg, um widrigen Klimabedingungen zu entfliehen. Bei mehr als sechs Milliarden Menschen auf der Erde ist kein Raum zum Ausweichen mehr. So bleibt den Menschen nur die Chance, sich auf veränderte Bedingungen vorzubereiten.

Die Welt

Entwarnung

Mark Twain soll einmal gesagt haben, die Wahrheit sei unser kostbarstes Gut und deshalb müsse man

sparsam mit ihr umgehen. Ob die jüngsten Prognosen der Vereinten Nationen zur Klimaerwärmung in hundert Jahren so und nicht anders eintreffen werden? Die Fachleute sind nicht einig und Computermodelle, mit denen das Zukunftsklima simuliert wird, nicht ausgereift. Sicher ist einzig, dass die Forschungsgelder nun auch weiterhin üppig sprudeln werden. Denn die Ankündigung einer „Klimakatastrophe“ ist ein erprobtes Erfolgsrezept und wird das politische Empörungspotenzial steigern. Anfang der achtziger Jahre war es der deutsche Wald, dem der Exitus prophezeit wurde. Obwohl seither weltweit der Schadstoffausstoß nicht ab-, sondern zugenommen hat, ist Deutschland von der Versteppung weit entfernt. Auch die jüngste UN-Klimaprognose enthält – nüchtern betrachtet – eher gute als schlechte Nachrichten. Denn von Jahr zu Jahr werden die Aussagen weniger dramatisch: Wähte man 1983 noch den Anstieg des weltweiten Meeresspiegels um zwei bis drei

Meter unabwendbar, so spricht die jüngste Prognose nur noch von elf bis 88 Zentimetern. Das lässt hoffen.

Frankfurter Allgemeine

ENSCHEDÉ

Kernaufgabe

Die Lehre aus der ExploSIONSKATASTROPHE von ENSCHEDÉ ist, dass in einem Leben voller Sicherheitsrisiken Personen, Unternehmen und staatliche Instanzen ihre jeweilige Verantwortung voll wahrnehmen müssen, um die Risiken zu begrenzen. Das aufgezeigte schlappe Verhalten von Behörden, die über alles hinwegsehen und die Fragen der Sicherheit hinter andere Interessen zurückstellen, muss gründlich ausgerottet werden. Vorschriften müssen kontrolliert, und ihre Einhaltung muss überwacht werden. Es ist eine Kernaufgabe des Staates, über die Sicherheit seiner Bürger zu wachen. Darauf müssen sich die Bürger verlassen können. Telegraaf, Den Haag

Ihre RENTE WÜRDEN CDU WÄHLEN.

Stichwort Witwenrente:

Wollen Sie, dass Witwen zukünftig zum Sozialfall werden?

„Frauen werden sich nicht mehr auf eine Witwenrente verlassen können, weil diese durch die vielen Reglements der Reform Schritt für Schritt abgeschafft wird.“ (Süddeutsche Zeitung, 13.12.00)

Die CDU will, dass die Witwenrenten erhalten bleiben, und dass Hinterbliebene nicht zum Sozialfall werden!

Stichwort private Zusatzvorsorge:

Wollen Sie, dass Ihr Haus nicht Ihre Kinder erben – sondern Ihre Bank?

„Die Regierung verlangt allen Ernstes, dass der künftige Rentner, der in den Genuss der Staatsförderung kommen will, sein Haus auf Nimmerwiedersehen der Bank überschreibt. Im Gegenzug erhält er eine monatliche Rente von seinem Geldinstitut. Stirbt er früh, hat die Bank ein grandioses Geschäft gemacht.“ (Der Spiegel, 12.2.01)

Die CDU will, dass Wohneigentum auf gerechte Weise im Rahmen der privaten Altersvorsorge gefördert werden kann!

Stichwort junge Familien:

Wollen Sie, dass junge Familien bei der privaten Altersvorsorge im Nachteil sind?

„Die Gefahr ist groß, dass vor allem Familien – sie gehören in aller Regel zu den weniger Begüterten im Lande – sich die Privatvorsorge nicht leisten können. Ihre gesetzliche Rente wird aber auch dann beschnitten, wenn sie nicht zusätzlich für das Alter vorsorgen.“ (Der Tagesspiegel, 17.2.01)

Die CDU will, dass auch junge Familien und Geringverdiener sich die private Zusatzvorsorge fürs Alter leisten können!

**Wenn Sie ein Zeichen gegen die Rentenreform der Bundesregierung setzen wollen, dann machen Sie die CDU stark.
Mehr Informationen unter www.cdu.de/rente**



CDU

Rot-Grün: SCHLECHT FÜR DIE MENSCHEN – SCHLECHT FÜR DIE WIRTSCHAFT.

Preisspirale Ökosteuer

- Von 1999 bis 2003 insgesamt 35 Pfennig mehr pro Liter Benzin.
- Bis heute 374 DM mehr Spritkosten pro Jahr (bei Fahrleistung 20.000 km).
- 900 DM mehr jährliche Mietnebenkosten für eine 75-qm-Wohnung.
- 122,50 DM mehr Stromkosten im Jahr für einen 4-Personen-Haushalt.

Die Grünen wollen die Ökosteuer ab 2003 weiter anheben. Noch zielt sich Schröder. Aber schon 1998 hat er erst versprochen: „Benzin 6 Pfennig teurer, das ist das Ende der Fahnenstange.“ ...und dann sein Wort gebrochen.

Abbruchhalde Rente

Den Älteren wird vorgegaukelt, ihr Rentenniveau bleibe gleich, den Jüngeren, ihre Beitragssätze blieben stabil. Das Problem: Heute kommen auf 100 Erwerbsfähige 37 Rentner, 2035 sind es aber schon 68. Doppelte Ausgaben bei gleichen Einnahmen? Schröders Lösung:

- Die bisherige Witwenrente wird auf kaltem Wege abgeschafft.
- Ein Rentenausfall bei jungen Einzahlern wird einkalkuliert.
- Wohneigentum als Altersvorsorge gibt es nur bei Verpfändung an die Bank.
- Falls das alles nicht reicht, wollen einige sogar die Mehrwertsteuer erhöhen.

Lastenträger Mittelstand

Keiner hat unter Rot-Grün mehr zu leiden als kleine und mittlere Unternehmer:

- Die Konkurrenz durch Schwarzarbeit wächst - unter Rot-Grün dreimal schneller als die legale Wirtschaft.
- Unternehmer müssen mehr Steuern zahlen als Kapitalgesellschaften.
- Die Kleinen gehen bei der Entlastung leer aus.
- Maschinen und Anlagen können erst abgeschrieben werden, wenn sie längst veraltet sind.

Mehr Informationen unter www.cdu.de



CDU

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Zum Thema junge Familien:

„Die Gefahr ist groß, dass vor allem Familien – sie gehören in aller Regel zu den weniger Begüterten im Lande – sich die Privatvorsorge nicht leisten können. Ihre gesetzliche Rente wird aber auch dann beschnitten, wenn sie nicht zusätzlich für das Alter vorsorgen.“

(Der Tagesspiegel, 17.2.01)

NEIN ZUR SPD-RENTE -
JA ZUR CDU!

CDU

Zum Thema Kinder:

„Eine Frau, die im Jahr 2025 in Rente geht, so hat die Caritas ausgerechnet, muss elf Kinder aufgezogen haben, um Bezüge auf Sozialhilfeniveau zu erhalten.“

(Süddeutsche Zeitung, 13.12.00)

NEIN ZUR SPD-RENTE -
JA ZUR CDU!

CDU

Zum Thema Witwenrente:

„Frauen werden sich nicht mehr auf eine Witwenrente verlassen können, weil diese durch die vielen Reglements der Reform Schritt für Schritt abgeschafft wird.“

(Süddeutsche Zeitung, 13.12.00)

NEIN ZUR SPD-RENTE -
JA ZUR CDU!

CDU

Zum Thema Wohneigentum:

„Die Regierung verlangt allen Ernstes, dass der künftige Rentner, der in den Genuss der Staatsförderung kommen will, sein Haus auf Nimmerwiedersehen der Bank überschreibt.“

(Der Spiegel, 12.2.01)

NEIN ZUR SPD-RENTE -
JA ZUR CDU!

CDU

Repro-Vorlagen im InfoNet: www.cdu.de/infonet
Zur Verfügung stehen auch Landesversionen für Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen.